

# Deutscher Verkehrsband

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigt. Lohn- und Gehaltsempfänger

Nr. 8

Er scheint alle 14 Tage.  
Bezugspreis vierteljährlich 150 Goldpfennige.  
Einzelnummer 30 Goldpfennige.

Berlin, den 18. April 1925

Redaktion u. Exped.: Berlin W 6, Mischkestraße 1.  
Fernsprech-Anschluß: Amt Moosplatz, Nr. 452 u. 11894.  
Redaktionslokal 5 Tage vor Erscheinen des Blattes.

3. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Um die während der Inflationsperiode ausgetretenen Mitglieder der Organisation wieder zurückzugewinnen, hat der Vorstand beschlossen, folgende Ausnahmeregelung für die Wiederaufnahme dieser ehemaligen Mitglieder zu treffen:

Allen nach dem 31. Dezember 1921 ausgeschiedenen Mitgliedern wird die Wiederaufnahme ohne Beitragsgeld und unter Anrechnung der früher geleisteten Beiträge gestattet.

Mitglieder, deren Mitgliedschaft bis zu 30 Wochen unterbrochen war, treten nach 6wöchiger neuer Beitragsleistung wieder in den Genuß der satzungsgemäßen Rechte bezüglich der Gewährung von Unterstufungen.

Bei einer Unterbrechung der Mitgliedschaft bis zu 60 Wochen sind 15 neue Beitragswochen und bei längerer Unterbrechung 30 neue Beitragswochen notwendig, um die früher erworbenen Rechte wieder aufleben zu lassen.

Diese Ausnahme gilt nur bis auf Widerruf.

Wir richten das dringende Ersuchen an alle Verbandsmitglieder, die in ihrem Wirkungskreis in Betracht kommenden ehemaligen Mitglieder unseres Bundes auf diesen Beschluß aufmerksam zu machen und ihnen nahe zu legen, die Mitgliedschaft in der Organisation sofort wieder zu erwerben.

Der Bundesvorstand.  
Dswald Schumann.

## Die Republik, die Republik!

Wie vorauszusehen war, hat der erste Wahlgang um die Nachfolge Eberts keine Entscheidung gebracht. Keiner der Kandidaten hat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Aber er gestaltete sich zu einem glänzenden Erfolg für die Sozialdemokratie und darüber hinaus für die Republik. Für die Republik wurden abgegeben:

Braun . . . 7 798 346 Stimmen  
Marx . . . 3 884 877 Stimmen  
Höppsch . . . 1 567 197 Stimmen

Zusammen 13 250 420 Stimmen.

Für die monarchistische Reaktion wurden abgegeben:

Jarres . . . 10 408 865 Stimmen  
Held . . . 1 006 790 Stimmen  
Ludendorff . . . 284 975 Stimmen

Zusammen 11 700 130 Stimmen.

Jersplittert, das heißt, abgegeben für alle möglichen Charitäten waren 34 245 Stimmen und 1 871 207 für den Bolschewiki Thälmann. Es handelt sich um vorläufige amtliche Zahlen. Die endgültigen Zahlen werden nur wenig von diesen vorläufigen abweichen.

Keiner der Kandidaten um Eberts Nachfolge hat die absolute Mehrheit erreicht. Es folgt deshalb

### am 26. April

ein zweiter endgültiger Wahlgang, wobei ganz neue Kandidaten aufgestellt werden können und aus dem der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, als Sieger hervorgeht.

Diese Bestimmung macht es notwendig, für den 26. April eine Umgruppierung vorzunehmen. Es darf nur ein republikanischer Kandidat aufgestellt werden, weil sonst der Strommann der Hohenzollern gewählt wird. Alles, was den Arbeiterräten und der Republik gram ist, wird sich am 26. April für den Kandidaten der Reaktion, der Kapitalisten entscheiden. Wer dieser bessere als der allerbeste und deutscheste (!) Jarres werden sollte, war lange Zeit ein artiges Gesellschaftsspiel. Vor der Wahl und unmittelbar nachher ist den Jarreswählern feierlichst zugeschworen worden, daß der unglückliche Verhandlungspolitiker aus Duisburg auch im zweiten Wahlgang der „größte Deutsche“ sein werde, der das erste Anrecht auf den Präsidentensitz habe. Wie immer ist das kleindeutsche Stimmloch von seinen „Führern“ elend betrogen worden. Man hatte im Rechtsloch nicht einmal jenseitig Gefühl für die Würde des präsumierten Reichspräsidenten, daß man Jarres von vornherein erklärte, sein Format reiche nicht für den Posten. Man hielt ihn in Bereitschaft und suchte unter der Hand nach einem Bideren. Die nationalen Kleindeutschen pilgerten nach Hannover, um Hindenburg die Kandidatur anzubieten. Das beste Pferd, dem der Krieg „wie eine Babereise“ bekommen ist, wird aus dem Stall geholt. Abgesehen davon, daß schon mancher Favorit beim Rennen enttäuscht hat, hätte man um Hindenburgs willen

gewünscht, er würde den Besitzbürgerblättern unzweideutig gesagt haben, daß die deutsche Politik keinen zweiten Ludendorff tragen kann. Was die wilhelminischen Militärs noch an Ansehen und Würde zu verlieren hatten, hat Feld Ludendorff gründlich verspielt. Seine Spuren sollten selbst einen Hindenburg schießen. Im Sturm zeigt sich erst der Held. Feld Hindenburg hat zweimal den Sturm der Leute, die ihn um jeden Preis zu Ludendorff in Konkurrenz bringen wollten, abgeschlagen. Aber dann übermannte ihn die Greisenschwäche und er gab nach. Wie die einzelnen Jarresprieten über die Bemühungen dachten, Hindenburg für den blamablen Durchfall am 26. April zu gewinnen, lagen die Ueberschriften dreier nationaler Zeitungen einige Stunden vor Hindenburgs schwächlicher Kapitulation. Wir geben den Kopf der Zeitungen und ihre fette Schlagzeile wieder:

„Nationalpost“

Hindenburg zur Annahme bereit.

„Die Zeit“

Hindenburgs endgültige Ablehnung.

„Berliner Lokal-Anzeiger“

Hindenburg behält sich seine Entscheidung vor.

Man kann sich denken, welche Begeisterung heute unter den Jarreeln für die Kateridee der Hindenburgischen Kandidatur herrschte.

Die republikanischen Parteien haben sich auf einen Kandidaten geeinigt. Wir konstatieren diese politische Selbstverständlichkeit mit einem beizeren und einem nassen Auge — denn dieser Kandidat ist nicht unser Otto Braun, sondern der Zentrumsmann Wilhelm Marx. Aber Politik ist keine Angelegenheit des Gefühls, sondern des nüchternen Verstandes. Politik muß mit dem Kopf und darf nicht mit dem Herzen gemacht werden. Das Herz jubelte Braun zu und wünschte ihn als Kandidat auch für den zweiten Wahlgang. Aber dann verlangte der Kopf seine Rechte und sagte uns, daß bei der Kandidatur Braun die Gefahr bestand, den Präsidentensitz an einen Volks- und Arbeiterfeind zu verlieren. Weiße Wählerkreise um Marx und Heppsch sind eben noch zu sehr Gefühlsmenschen. Parteidisziplin kennen sie überhaupt nicht. Heute begeistert Republikaner, bleiben sie morgen zu Haus, wenn etwas nicht nach ihrer Mühe geht. Wir wiederholen, was wir zum 29. März schrieben: Uns fehlen noch auf lange Zeit die durch Tradition und Erziehung ganz selbstverständlichen republikanischen Kandidaten. Die deutsche Sozialdemokratie kann noch am ehesten hoffen, daß ihre Wählermassen politische Erfahrung genug haben, am 26. April Person und Partei hinter der Republik zurückzustellen. Von Lassalle, dessen Geburtsstag sich in diesen Tagen zum hundertsten Male jährte, haben wir gelernt, daß es darauf ankommt, im gegebenen Augenblick alle Kräfte auf ein Ziel zu konzentrieren. Politik ist die Kunst des Möglichen, sagt man. Wer Politik treibt, muß und will einen Erfolg sehen, den Erfolg, der unter sorgfältiger Kalkulation aller Gegenkräfte möglich ist.

Möglich ist es, am 26. April einen zwar bürgerlichen, aber republikanischen Kandidaten auf den Präsidentensitz zu bringen, wenn alle Wähler, die Otto Braun ihre Stimme gaben, ihre berechnete aber unpolitische Empfindlichkeit unterdrücken. Es hat im Augenblick der Schlacht keinen Sinn, darüber zu diskutieren, warum der Führer nicht Braun, sondern Marx ist. Es gilt vor allem, die Schlacht gegen die chauvinistische Reaktion zu gewinnen.

Es gilt, der Welt zu beweisen, daß die Hoffnung auf die oft bewährte Parteidisziplin der Sozialdemokratie nicht getrogen hat.

Durch Abspaltung sozialistischer Gefühlspolitiker erleidet nicht nur die Republik eine Niederlage, sondern vor allem die Sozialdemokratie als Partei.

Jede Zeile der Blätter, selbst der verbissenen Feinde unserer Partei, drückte nach dem 29. März ihren Respekt aus vor den sozialistischen Wählermassen. Eine zahlenmäßig führende Abspaltung wird diesen Respekt in Höhe über die „zusammen- und wieder auseinander-gelaufenen sozialistischen Millionen“ verwandeln.

Die sozialistischen Wähler, die am 26. April Marx ihre Stimme geben, bezeugen damit ihre Treue zur Sozialdemokratie, zu unserer Partei.

Und nun Hindenburg aufgestellt ist, haben wir keine Furcht mehr, daß parteipolitische Betrüger der Republik am 26. April auch nur eine Stimme rauben könnte. Hindenburgs Name wird darüber hinaus dem republikanischen Kandidaten noch manchen Wähler zuführen, der sonst wohl den drangen Schlaf des Gerechten weitergeschlafen hätte. Der Mann, der sich erst aus Holland von Wilhelm dem Ausgerissenen die Erlaubnis zur Kandidatur holte, der also ganz unzweideutig zu erkennen gibt, daß er der Mann der Monarchie ist, also der Vertrauensmann der Republik nicht sein kann, noch werden darf, dieser Mann ist innen- und außenpolitisch für Deutschland untragbar. Die gesamte Auslandspre-

sieht in Hindenburg den typischen Vertreter der deutschen Reaktion, der Säbelrassler, die Deutschland und Europa ins Unglück stürzen. Seine Wahl würde bedeuten, daß das deutsche Volk die Politik verwirft, die das auswärtige Amt mit Unterstützung des ganzen Kabinetts eingeleitet hat und die nichts anderes bedeutet als die nochmalige feierliche Anerkennung der Versailles Friedensbedingungen, der endgültige Verzicht auf Elsaß-Lothringen und ein Garantiepakt, der die Verhöhnung Europas einleitet und sichert. Die nationalistischen Heimkrieger, die wegen dieses Angebots den Minister des auswärtigen vor den Staatsgerichtshof zitieren möchten, die das Angebots als Verzicht am deutschen Volk denunzieren haben und tagtäglich von der Abrechnung mit dem Erbfeind schwärmen — sie haben Hindenburg als Präsidenten-Kandidat laziert. Im Inland und Ausland weiß man also, was man von einem Reichspräsidenten Hindenburg zu erwarten hat. Seine Wahl bedeutet Deutschlands Unglück.

Das wird man sogar in kommunistischen Kreisen empfinden. Die Thälmannpresse verkündet zwar jeden Tag, es sei einerlei, welcher Bürgerliche den Präsidentensitz einnehmen werde, aber sie hat von seinem Geringeren als von ihrem littenreichen Papst Sinowjew einen empfindlichen Nadelstich erhalten. In der Sitzung der erweiterten Exekutive sagte der zwar nicht an Gedanken, aber an neuen Auswegen aus der bolschewistischen Sackgasse immer reiche Sinowjew:

In Deutschland befürchten die Arbeiter die Gefahr der Monarchie. Die kommunistische Partei kämpft für die proletarische Republik, muß aber die Frage der Monarchie und der bürgerlichen Republik bolschewistisch stellen. Die Auffassung, daß die Monarchie und Republik, daß Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot ganz egal sind, wäre antimarxistisch, wäre die Aufzehrung der Vertreter des Volkes über eine „kompakte reaktionäre Masse“.

Angesichts dieser Erkenntnis spricht es nur für die Riesenunmündigkeit oder für das Verbrechen der „Roten Fahne“, wenn sie einen Tag später schreibt: „Das Hindenburg-Programm ist auch das Marx-Programm.“ Es ist die Festhaltung, daß die Bolschewiki zwar nicht in den alten Fehler verfallen, alles, was nicht zu ihnen gehört, als die „eine reaktionäre Masse“ zu bezeichnen, wohl aber, daß ihre ganze sogenannte Politik auf diesem von Karl Marx so scharf gezeichneten gefährlichen Ferkel seit jeher und trotz Sinowjew bis heute beruht. Wer sich am 26. von der Weisheit der „Roten Fahne“ leiten läßt, wählt die Reaktion, ob sein Kandidat Thälmann oder Hindenburg heißt. Wer die Republik vor der riesengroßen Gefahr, des Kommunismus Hindenburg retten will, muß Marx seine Stimme geben.

Wir Sozialdemokraten können es um so leichter, als es sich nicht um eine sozialdemokratische Religion handelt. Die Sozialdemokraten treten im Reich für Marx ein, die Demokraten und das Zentrum in Preußen für Otto Braun. Nach fünfmaliger Ministerpräsidentenwahl in Preußen ist nun wieder Otto Braun an die erste Stelle in Preußen gerückt. Wenn wir ganz ehrlich sein wollen: Ist der Ministerpräsident von Preußen für die praktische Politik nicht wichtiger als der Reichspräsident? Die Frage stellen, heißt sie bejahen. Der preussische Ministerpräsident hat politische Macht und gegen Preußen kann das Reich schlecht regieren. Der Reichspräsident, der die Verfassung achtet, ist im wesentlichen Repräsentationsperson, die allerdings, ist sie reaktionär, der Republik sehr gefährlich werden kann. Deshalb muß der antirepublikanische Kandidat am 26. April geschlagen werden.

Alle Kräfte auf den wichtigsten Punkt konzentriert: Die Republik, die Republik, und immer nur die Republik!

## Lassalle als Kulturpolitiker.

Im Verlag J. S. B. Dieck Nachf., Berlin, ist eine neue Lassalle-Schrift von Paul Kampffmeyer erschienen: „Lassalle, ein Erwecker der Arbeiter-Kultur-Bewegung.“ (Preis 70 Pf.) Wir bringen nachstehend einen Abschnitt daraus zum Abdruck:

Am 17. Mai 1863 hat Ferdinand Lassalle die Arbeiter in Frankfurt a. M. in einer Rede, die später als „Arbeiter-Beschuß“ heranstam, aus ihrer kulturlosen Passivität aufzurütteln gesucht. Er bestürmt sie mit der Frage: „Warum ist der russische Kojak so weit zurück in der Kultur? Weil er Tagtäglich fröhlich und froh ist, wenn er sich in schlechtem Jufel drauht. Möglichst viele Bedürfnisse haben, aber sie auf schreiende und anständliche Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der national-ökonomischen Zeit! Und so lange ihr das nicht begreift und befolgt, prebige ich ganz vergeblich.“

Ferdinand Lassalle hatte ein scharfes Auge für das noch rein Vegetative im Arbeiter seiner Zeit, das sich im wesentlichen nur auf eine Befriedigung primitiver körperlicher Bedürfnisse bezog. Er geistete das dumpfe Begehren

# Für den Achtstundentag! Gegen Militarismus und Brudermord!

## Arbeiter, Angestellte!

Demonstriert am 1. Mai mit eurer ganzen Macht und bis zum letzten Mann für die Forderungen des Weltproletariats! Noch immer haben wir den Kampf zu führen gegen die Reaktion, die nachdem sie dem Proletariat im Weltkrieg Gesundheit und Leben geraubt hat, ihm nun das wichtigste und notwendigste vorenthält:

## Arbeit und Frieden!

Der Krieg wurde von der bestehenden Klasse gemacht und für die bestehende Klasse geführt, wird von den Besitzenden der Achtstundentag befämpft und in ihrem Interesse sabotiert. Zweimal in den letzten Jahren lebte in der Welt die Hoffnung auf, daß dem Trauerspiel, das der Kapitalismus Tag für Tag aufführt, ein Ende gemacht werden würde. Das erste Mal, als die Washingtoner Arbeitskonferenz den Achtstundentag als internationale Maßregel festlegte. Das zweite Mal, als Mac Donald in Genf ein erlösendes Wort gegen den Militarismus in die Welt sandte. Die kapitalistische Reaktion hat die Durchführung beider Lösungen zu verhindern gewußt; die Arbeitszeit

wird weiter verlängert; die Kriegsrüstungen werden weiter fortgesetzt. Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten endlich die Regierungen zwingen, den Achtstundentag und die Abrüstung durchzuführen. Es ist Zeit, daß die Arbeitnehmer ihre Augen öffnen und ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern!

Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Gleichmut aufgeben und den Besitzenden zurufen: Es ist genug! Wir wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Nutznießer, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden!

Wir wollen nicht länger die Beute einer Klasse sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlbefindens und ihres eigenen Glücks das Wohlbefinden und Glück des Proletariats und seiner Familie zerstört!

Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch, das auf uns brüden wird, solange die Arbeitszeit lang und die Reaktionen voll sind! Genossen! Demonstriert am 1. Mai in Millionen und Millionen für den Achtstundentag, für Abrüstung, gegen Krieg und Militarismus!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

## Deutsche Arbeiter und Angestellte!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf, am 1. Mai durch machtvoll demonstrierende Einzeltreten für den Achtstundentag und den Völkerverfrieden.

Auch wir richten diesen Appell an euch! Ihr steht mitten im Kampf um den Achtstundentag. Ihr leidet mehr als die Arbeiter anderer Länder an den Folgen des ungleichen Weltkrieges. Ihr habt doppelte Gründe dafür, am 1. Mai zu demonstrieren für eure alten Forderungen.

Der 1. Mai 1925 muß wieder ein Tag der Feierlichkeit der Arbeit werden. Die würdige Kundgebung am Weltfeiertag der Arbeit ist die Arbeitsruhe. Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist von den Ortsausschüssen des ADGB. und dem AFA-Ortsstellen im

Einvernehmen mit den angeschlossenen Gewerkschaften zu prüfen und zu entscheiden. Auch wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß, haben die Ortsausschüsse des ADGB. und des AFA-Bundes durch Veranstaltung von Versammlungen für die Durchführung der Demonstration zu sorgen. Zweckmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten ist dabei erforderlich.

Gewerkschaftsmitglieder! Beteiligt euch vollständig an der Maidemonstration. Tretet ein für den Achtstundentag, für den Völkerverfrieden und für den Ausbau der Sozialpolitik.

Wacht auch in diesem Jahr die Waiskinder zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgem. freien Angestelltenbundes.

des Arbeiters, der sich bei einem Stück schlechter Wurst und einem Glase Bier glücklich fühlte, er wollte diesen Arbeiter aus der ihm umjagenden Atmosphäre gedankenloser Gewohnheiten und stumpfer Vergnügungen reißen und zu einer aufopfernden Disziplinierung der sittlichen Kräfte für ein hohes soziales und politisches Ideal wecken. Der Arbeiter soll eben seine geistige und sittliche Passivität, die ihm aus früheren kulturellen Zuständen überkommen ist, bewußt von sich abstreifen und das Kulturideal, das ihm aus den ungeheuren Umwälzungen seiner Zeit aufsteigt, gierig verwirklichen. Er muß geistig und sittlich aktiv werden — aktiv in dem Aufbau einer aus der „Idee des Arbeiterstandes“ geborenen eigenen Kultur. Sozialistische Kultur muß selbst wachsend aus dem Leben des sich selbst bestimmenden, sich selbst organisierenden Gesellschaftsarbeiters hervorgehen.

Die „Idee des Arbeiterstandes“ mußte aus dem Arbeiterstande selbst herauspringen: Sie mußte der geistige Niederschlag der organisierten Masse, des „Arbeiterstandes“ selbst sein, sonst war sie tot. Der Lassalische Gedanke von der völligen Neugestaltung des Staats und der Gesellschaft auf Grundlage der befreiten gesellschaftlichen Arbeit konnte erst Fleisch und Blut in unseren Tagen annehmen, da die sozialistische Emanzipationsidee Millionen von Köpfen und Herzen ergriffen hat und um ihre praktische Verwirklichung bereits ringt. Der große Politiker Lassalle ist uns erst ein Zeitgenosse geworden.

Lassalle wollte eben nicht eine bloße Massenbewegung, sondern eine Kulturbewegung der Massen ins Leben rufen. Wenn Lassalle die „Idee des Arbeiterstandes“ in seinem „Arbeiterprogramm“ wichtig und elementar in allen ihren politischen, sozialen und ethischen Konsequenzen aufbaute, dann erkannte der Arbeiter die Grundlinien einer ganz neuen Kulturperiode. Die Idee des Arbeiterstandes, das heißt eine neue Gesellschaft, ein neuer Staat, eine neue, auf der Solidarität der Interessen ruhende Sittlichkeit. Die neue Idee des Arbeiterstandes stellte sich nach Lassalle politisch in einem Staatsbau dar, der mit „völligem Bewußtsein und Klarheit die Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit“ vollbringt. Den Arbeiter betrachtete Lassalle als den konsequenten Vordenker aller der großen Ideen, die frühere Epochen in einem unfertigen Zustande überliefert hatten. Lassalle verwies in seinem „Arbeiterprogramm“ auf den großen Freiheitskampf des dritten Standes in der großen Französischen Revolution. Schon dieser Stand hat seine Sache als die Sache der ganzen Menschheit erkannt. Aber die Herkunft dieses Standes verbanden noch einen unterdrückten Stand: den Lohnarbeiterstand. Wichtigt, die Gesellschaft beherrschend, richtete sich in der Französischen Revolution das Standesvorteil der Bourgeoisie, des bestehenden Bürgerums auf. Der Arbeiter blieb der wirtschaftlich, politisch und sozial entrechtete Mensch. Nach dem Kapitalismus gliederte sich die ganze Gesellschaft — und auf der besten untersten Stufe stand der Arbeiter — sozial misachtet und zur bloßen Ware entmenscht, der auf dem Markte ein gewisser Geldpreis aufgebracht wird. Da steigt das neue Menschenrecht auf den Barrikaden der Pariser Februarrevolution auf, und der Staat des allgemeinen Wahlrechts wird geboren. Erst der Arbeiterstand kann die von der Französischen Revolution so kühnlich proklamierten Menschenrechte zur Wahrheit machen; denn er enthält in sich keinen Keim einer Benachteiligung der Arbeiterklasse mehr, denn Arbeiter, für Gesellschaftszwecke schaffende Menschen sind wir alle.

Die Sache des Arbeiterstandes ist erst in Wahrheit „die Sache der gesamten Menschheit“, seine Freiheit erst „die Freiheit aller Menschen“.

Der neue Staat, aus dem Prinzip der allgemeinen Wahlrechts herausgebildet, erweitert und vertieft seine Aufgaben: er führt den Menschen erst zur geistigen und sittlichen Freiheit empor. Erst der Staat der Arbeiterklasse ist nach Lassalle die planmäßige Entfaltung der sittlichen Natur des Staates.

In dem Verhentoseß der Idee des Arbeiterstandes entfaltet sich zugleich eine neue gesellschaftliche Ethik: Zu der sittlichen Idee der freien Betätigung der individuellen Kräfte, die von der früheren bürgerlichen Gesellschaft verkannt wurde, trat die Idee der Solidarität der Interessierten, der „Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung“. Die gegenseitige Hilfe organisierend, Gemeinsamkeit gründend, betätigt sich die neue Sittlichkeit.

Und indem Lassalle keinen weltgeschichtlich gemieteten Bild in die Zukunft sendte, erkaute er den Arbeiter nicht nur als den wahren Erfüller der Gedanken einer früheren, sondern als den Träger einer kommenden höheren Kultur und Gestaltuna. Und das Licht dieser Kultur beleuchtete die harmonische Vereinigung wissenschaftlicher und förderlicher Arbeit. Neben dem Manne der Wissenschaft hand der Mann der Arbeit. Die Zerteilung der Menschheit in denkende Köpfe und schweigende Hände war unter der weltumfassenden Herrschaft der „Idee des Arbeiterstandes“ aufgehoben.

Arbeiterbewegung und Kulturbewegung verschmolzen sich in dem hohen Gedankenfluge Lassalles zu einer menschheitsbeglückenden Einheit. Nur als Kulturbewegung konnte für Lassalle die Arbeiterbewegung bestehen, nur sie rechtfertigte ethisch und geistig alle sozialen Verbesserungen des Proletariats: „Ich bin der erste zu erklären“, so ruft einmal Ferdinand Lassalle aus, „daß jede soziale Verbesserung nicht einmal der Mühe wert wäre, wenn auch nach derselben — was zum Glück objektiv ganz unmöglich — die Arbeiter persönlich das blieben, was sie in ihrer großen Masse heute sind.“

## Aus unserem Berufe

### Hafenarbeiter.

Eingelandt. Es gibt Kollegen, die uns fernbleiben, weil wir angeblich keine Kampforganisation sind oder der Beitrag ist ihnen zu „hoch“, anderen wird nicht genug geteilt, das System muß geändert werden usw. Jeder von ihnen findet also einen „Grund“, die Kollegen im Stich zu lassen, und sich zu drücken, weil sie in den anderen Organisationsformen den Beitrag, der zum Kampfe nötig ist, nicht zahlen brauchen.

Aber viele, die es ehrlich meinen, sind zu uns schon wieder zurückgekehrt, weil sie eingesehen haben, daß mit den Schwafelgelesen der Kapitalismus nicht bekämpft werden kann. Es muß sich doch jeder sagen, wenn ich das System ändern will, darf ich aus der Organisation nicht herausgehen, sondern habe zu bleiben und habe meinen Wunsch den Kollegen kundzugeben. Sonst hebe ich doch hinter der Tür und habe keinen Zutritt zur Versammlung der freien Gewerkschaft. Deinen Wunsch, Kollege, sollen aber doch auch die hören, die mit dir nicht sympat-



Der Achtstundentag ist der Scherenschneid, durch den der Riese Proletariat auf die Knie geht und in den Stand getret wird, aus seinen Kräfte Gebrauch zu machen. J. Demela Nieuwenhuis, 1888.

lieren. Nur so kann der Wunsch des einzelnen in Erfüllung gehen. Nur Einigkeit und Geschlossenheit kann uns zum Ziele führen. Und wenn der Wunsch des einzelnen auch nicht immer gleich erfüllt wird, so kann und darf es doch für den, der unsere Bewegung fördern will, kein Schimpfen und Austreten geben. Mit jedem Schimpfen, den ich meiner Organisation antue, schädige ich mich selber. Besser machen, daß ich eben das, was nicht jeder kann. Wenn ich auf meine Organisation schimpfe, so tue ich meinen Feinden einen Gefallen. Und das ist nicht immer der Kapitalismus oder der Unternehmer, nein, das sind auch meine eigenen Kollegen im Betriebe, welche nur kommen, und das Geld, das wir durch die Organisation uns erkämpft haben, mitnehmen wollen, aber sich nicht organisieren, oder Unternehmerrorganisationen angehören, wie dem Deutschnationalsozialisten-Bund und wie die Verräter sich sonst noch nennen. Mit solchen Helfen können wir keinen Kampf gewinnen. Ich bin auch mit manchem in unserer Organisation nicht einverstanden, das ist aber kein Grund, meine Kollegen im Stich zu lassen, denn in anderen Organisationen findet man daselbe.

Einigkeit macht Kraft und groß, die Zwietracht stürzt alles nieder, liebt euch als Brüder. Wenn wir alle so handeln, so wird der Wunsch des einzelnen erfüllt werden und der Sieg wird in jedem Kampfe unser sein. In dem Moment, wenn alles in einer Organisation sich befindet, hört das Körgeln und Schimpfen über die Organisation auf, weil dann der Wunsch der Massen und jedes einzelnen in Erfüllung geht. Ich sprach einmal einen Kollegen, der sagte, daß damals an einen Streik zu unserem Vorteil überhaupt nicht zu denken sei, aber er würde trotzdem für den Streik stimmen. Der so spricht, der muß doch schon einer Sekte angehören, wo es mehr Streikgeld gibt als Arbeitslohn. Und was können das nur für Menschen sein, Spiegel, vom Kapital bestohene Elemente, also Verräter am Proletariat. Von solchen Elementen haben sich mitunter Kollegen verteilten lassen, welche sich nicht scheuen, zu behaupten, unsere Angestellten hätten sich vom Unternehmer bestechen lassen. Solche mehr als einseitigen Redensarten! Der Gewerkschaftsangehörte führt nur aus, was die Masse beschließt. Ich weiß, daß die Masse gerade das Gegenteil gemacht hat, z. B. bei den Hamburger Hafenarbeitern, was die Vertrauensstörper beschlossen haben. Die Vertrauensmänner im Hamburger Hafen haben von den Kollegen das Vertrauen, über Annahme oder Ablehnung des Tarifes zu entscheiden, und die haben sehr oft den Massen die Ablehnung empfohlen, und die Masse hat nach dieser Empfehlung den Tarif doch anerkannt. Die letzte Abstimmung ergab für Streik 2026, für Annahme 1786 Stimmen, hätten nur die Leute, die sich rabiat nennen, sich bei uns organisiert, so hätten wir für den Streik eine große absolute Mehrheit gehabt. Aber diese Trübsalherger sind ja nur in anderen Organisationen, um nie zu streiken und etwas zu erkämpfen. Die haben es nur mit der Klappe und zahlen in ihrem Klub 50 M., und nennen Kämpfer und Streiter dann Bremser und Drückerberger. Vor solchen Großklappen hat die Unternehmerrschaft sich noch nie gefürchtet. Hoffentlich werden es sehr bald viele einsehen, die es ehrlich meinen und werden die Wirtschaftsfreundlichen allein lassen. Geschieht das, so wird unser liebende Wunsch sehr bald in Erfüllung gehen. Unter aller Wunsch ist, uns mit den einzelnen Organisationen zu großen Bündnissen zusammenzuschließen und die größte Arbeit ist schon getan. Seht nur unseren Verkehrsband an! Wenigsten Organisationen haben sich zu dem heutigen Verkehrsband zusammengeschlossen. Seht den Metallarbeiterverband an, was sich in dem bis heute schon alles vereinigt hat, und so viele andere mehr. Aber von dieser so großen Arbeit, die es bis heute gelöst hat, wissen sehr viele so viel wie nichts. Sie ge-

brauchen ihre großen Kraftwörter, und meinen, damit wäre nun den Massen geholfen. Sie bilden neue Organisationskomitees, führen dort große Reden und fangen dort wieder an, wo wir vor 50 Jahren in den freien Gewerkschaften gestanden haben. Das nennen sie dann „Vorläufer“ sein. Die Schläge, welche die Unternehmerhaft uns jetzt gibt, haben wir nur den Großtappen zu verdanken, weil sie alles zerrissen, aber nichts aufgebaut haben.

**Lübeck.** Dem Jahresbericht des Hafenamtes Lübeck entnehmen wir folgendes: Es wurden 1413 Revisionen ausgeführt. Dabei mußten in 347 Fällen Mängel gerügt werden. In zehn Fällen wurde Unterbrechung der Arbeit wegen Gefährdung der Arbeiter angeordnet. Einige dieser Fälle seien kurz erwähnt: 1. Die Doppelschaltung der Dampfwinde war dermaßen abgenutzt, daß sie sich von selbst ausschaltete und eine Hebe von oben kam. Das Zwischenstück von Holz bei abgenutzten Baden der Doppelschaltungen ist großer Unflug! D. R.) 2. Auf zwei Dampfmaschinen mußte die Arbeit wegen mangelnder Beleuchtung verboten werden. 3. Am hinteren Mast waren die beiden Stäbe durch Schornsteinrauch abgerostet und mußten neue angebracht werden. 4. Aus einem Dampfer war das Zwischenstück im Vorder- und Hinterraum zu mangelhaft, daß bis zur Inbetriebnahme mit der Arbeit aufgehört werden mußte. 5. Die Dampfwinde an der Großflut befand sich in einem solchen Zustand, daß ein Weitergehen damit, ohne Menschenleben zu gefährden, ausgeschlossen war. 6. Bei einem Dampfer war Mast und Großbaum verkauft. 7. Die Dampfwinde an Nr. 2 war stark abgenutzt, am Kammerrad zur Doppelschaltung fehlten Zähne und Stopfbüchsen liefen.

Die auf den Schiffen vorgefundenen Mängel sind immer dieselben, wie sie bereits in früheren Jahresberichten des öfteren erwähnt sind und die sich immer wiederholen werden. (Nur nicht verzweifeln, Herr Hafeninspektor, tun Sie nur Ihre Pflicht, klären Sie auf und stellen Sie Mängel ab, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. D. R.)

Verbogene, fehlende oder unvorschriftsmäßige Steigereisen, Knoten in Hanger- und Röhrenleitungen, Fehlen von Landungen und Geländern an diesen, fehlende Warnings an Böden, Haken und Geisen, niedrige und ungeschützte Luftensäle, gefährlich angelegte Stellege, schlechte besetzte Scherbrücke, fehlende Anfahrsvorrichtungen an Lutendebeln, Fehlen von Sprossen an Räumleitern, nicht abgeperlte Niederränge, falsch eingeschorene und abgenutzte Böschbrücke, schadhafte Stropfen, abgenutzte Taurenner, unvorschriftsmäßige Böschbrücken, verbogene Rummel, ungeschützte Motorwinden, schlecht verpackte und geschützte Dampfwinden waren auf den Schiffen zu manieren.

In der Arbeitsweise wurden folgende Ungünstlichkeiten beanstandet: Knoten in Kettenhängen, schlecht angelegte Stellege, Arbeiten unter hängenden Lasten, Arbeiten bei ungenügender Beleuchtung, zu voll gefüllte Böschbrücken, verlegte Zugänge zu den Räumleitern, Aufstiegen der Arbeiter mit der Winde aus dem Raum, Rauchen in den Schiffszäumen, besonders Zigarettrauchen.

Die Zahl der festgestellten Unfälle betrug im Jahre 1924: 95 gegen 51 im Vorjahre. Von diesen Unfällen waren leichter Art 86, schwerer Art 8, Todesfall einer (durch Ertrinken).

Sie verteilen sich auf die Wochentage folgendermaßen: Sonntags 1, Montags 12, Dienstag 18 (2 schwere), Mittwochs 18 (einer schwer), Donnerstags 15 (4 schwere, 1 Todesfall), Freitags 10 (1 schwer), Sonnabends 21. Unter schweren Verletzungen sind zu verzeichnen: Schlüsselbruch, Gehirnerschütterung und Schlüsselbeinbruch, Knochenbruch von einem Zahn und Quetschung von weiteren 4 Zähnen, zwei Knöchelbrüche, Bluterguss im Hoden und Hornröhrenzerreißung, Quetschung des Brustkastens und Leistenbruch.

Bei den mittleren und leichteren Verletzungen handelt es sich um Quetschungen der verschiedenen Körperstellen, Schenkelzerrungen und Verstauchungen.

Auf Antrag der im Hafen beschäftigten Arbeiter waren im Jahre 1921 zwei Unfallstationen eingerichtet, sie wurden vom Roten Kreuz je mit einer Währe und einem Verbandskasten ausgerüstet. Das Rote Kreuz behauptet aber jetzt, daß es infolge fehlender Mittel nicht mehr imstande sei, die Stationen auszurüsten. Die Hafenstadt Lübeck wird wohl in ihren Etat eine Summe einbringen können, die ausreichend ist, um diese Stationen, die nicht nur im Interesse der Hafenarbeiter, sondern des ganzen Lübecker Wirtschaftslebens erhalten bleiben müssen, auch fernerhin nicht nur mit den nötigen Hilfsmitteln auszurüsten, sondern auszubauen.

Wir geben diesen kurzen Auszug aus dem Bericht ohne längeren Kommentar. Jeder Kollege möge für sich selbst die nötigen Lehren daraus ziehen. Nach Vorliegen des Jahresberichts der Landesversicherungsanstalt und der Hafeninspektionen von Hamburg und Bremen wird das Unfallverhütungswesen von uns eingehend besprochen werden.

**Handelsarbeiter.**

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser Deutschlands und zahlreicher Einzelhandelsbetriebe. Der Jahresbericht, den der Verband herausgibt, enthält ein Kapitel über die Kartellgesetzgebung, in dem ausgeführt wird, daß die umfangreiche Tätigkeit des Kartellgesetzes diesem nur selten Gelegenheit gegeben hat, in solchen Fragen eine Entscheidung zu treffen, die die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit betreffen. Er stellt fest, daß in Entscheidungen, die nach der Kartellverordnung über die Verbindung von Sperrern und Konkurrenten getroffen sind, der Schutz gegen Kartellübergänge sowohl den Kunden als auch den Abnehmern zugunsten ist. Diese Feststellung ist deswegen so bedeutsam, weil sie zeigt, daß nun nach dem Fall der Zwangswirtschaft die Unternehmer dort, wo sie es im

Profitinteresse für erwünscht halten, aus eigener Machtvollkommenheit Schranken zur Behinderung der freien Betätigung im Wirtschaftsleben aufzurichten versuchen, um damit höhere Preise durchzusetzen, die die Konsumenten zu tragen haben. Aus den Einzelheiten im Kapitel Kartelle und Konventionen ist festzustellen, daß es dem Verbande in Verhandlungen mit einer Reihe von Kartellen gelungen ist, bessere Lieferungs- und Zahlungsbedingungen zu erzielen. Sehr aufzufällig bemerkt der Bericht, daß in der Frage des unlauteren Wettbewerbs bei der Bekämpfung von Auswüchsen auf dem Gebiete der Bekleidung erheblich über das Ziel hinausgeschossen ist. So ist behauptet worden, daß ganze Warengruppen nicht in den Inventurausverkauf hineinbezogen werden dürfen. Wir können den Schlussfolgerungen zu diesem Kapitel nur zustimmen. „Seit Einführung der Zwangswirtschaft — wird geschrieben —, als Behelfsmittel während des Krieges konnte man sich nicht genug damit tun, nach Freiheit des Erwerbs und des Handels zu rufen. Jetzt, wo man sie hat, soll sie durch Angehörige dieser Kreise ohne durchschlagenden Grund wieder eingeschränkt werden.“ Man wird also hier Erleichterungen, die sich aus dem Wettbewerb selbst ergeben, mit Hilfe des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb bekämpfen.

Verwunderlich ist die Stellung, die der Bericht in der Zollfrage einnimmt. Die Organisation wünscht den „mäßigen“ Schutz. Wir meinen, daß der Einzelhandel andere Sorgen haben sollte, als die Sorgen der Produzenten. Diese sind in ihren Organisationen so stark, daß sie in der Lage sind, auch ohne Unterstützung des Einzelhandels ihre Interessen zu vertreten. Mit welcher Rücksichtslosigkeit sie das tun, das hat ja der Einzelhandel in der Inflationszeit und während der Stabilisierungsstrife am eigenen Leibe gespürt. Die Berichtigung der Umwälze, unter denen der Einzelhandel gerade jetzt so stark leidet, sollten ihm zeigen, wo seine Interessen liegen, nämlich beim Konsum. Es kann nicht seine Aufgabe sein, durch Unterstützung schutzloser Betreibungen die Warenpreise zu steigern und damit die Kaufkraft der Massen herabzusetzen, was zur Umwälzverringering führen muß. Wenn sich unsere Geldebede noch weiter vergrößern wird, dann kann dieser Mangel an Geld teilweise durch einen vergrößerten und schnelleren Umsatz behoben werden. Der Einzelhandel müßte also billigen Preisen das Wort reden.

Sehr bedenklich ist auch die Stellung des Verbandes im Kapitel „Sozialpolitik“. Er wünscht eine Durchbrechung der Sonntagsruhe-Bestimmungen. Welche Vorteile er sich davon verpricht, ist unverständlich. Denn der Käufer hat sich doch derart an die Sonntagsruhe gewöhnt, daß er sich fast allgemein mit der Deckung des Bedarfs auf die freien Wochentage beschränkt. Die zwischen den Jellen herauszulagende Bekämpfung des Nichtwendentages ist auch nicht der Umwälzförderung dienlich. Beschränkt man den großen Massen die freie Zeit, dann bedeutet das eine Einengung der Entstehung von Kulturbedürfnissen. Diese aber sind ein starker Anreiz für die Kaufkraft weiter Kreise. Daß sich der Bericht gegen Höhe der sozialpolitischen Belastung der deutschen Wirtschaft wendet, ist sehr furchtbar schon deswegen, weil die Mittel für Kranke, Schwache und Arbeitsunfähige ja doch auf irgendeinem Wege von der Allgemeinheit aufgebracht werden müssen, die Wirtschaft um diese Belastung also doch nicht herumkommt. Der ganze Bericht zeigt, daß die Unternehmerorganisation in vielen Angelegenheiten sehr rückwärtliche Ansichten vertritt. Ansichten, wie sie dem Einzelhandel geradezu schädlich sind, wenn er sich auf die Aufgabe, die ihm durch seine in der Gesamtwirtschaft zugewiesene Stellung bestimmt: Die bestmögliche Versorgung der großen Verbrauchermassen mit Ware und die Anregung des Konsums.

**Sonntagsruhe.** Am 21. Februar 1924 hatte der Reichsarbeitsminister Richtlinien für die Bewilligung von Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gemäß § 105a Absatz 2 der Gewerbeordnung an die Länderregierungen gelangt. Ziffer 1 dieser Richtlinien bestimmt:

„Offene Verkaufsstellen, in denen ausschließlich oder überwiegend folgende Waren feilgehalten werden: Rohreis, Milch, Bäckerei, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren, frische Blumen, Zeitungen, dürfen an jedem Sonn- und Feiertag, mit Ausnahme des zweiten Osterfeiertages, des zweiten Pfingstfeiertages und des zweiten Weihnachtstages auf die Dauer von zwei Stunden für den Geschäftsvorkehr geöffnet sein. In der Zeit vom 1. April bis 30. September kann in derselben Weise der Verkauf von frischem Gemüse, frischem Obst, frischem Fleisch, frischen und gezuckerten Früchten (auch Kirschen) gestattet werden. Der Verkauf von Rohreis und Milch ist auch an den zweiten Feiertagen zulässig.“

Für Gemeinden in Gebieten, in denen infolge weitläufiger Siedlungsweise für die landwirtschaftliche Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis dafür vorliegt, kann der Verkauf weiterer Bedarfsgegenstände auf die Dauer von zwei Stunden zugelassen werden.“

Diese Richtlinien wurden von den beteiligten preussischen Ministern der Regierungspräsidenten und dem Berliner Polizeipräsidenten durch Rundschreiben vom 26. Dezember 1924 mitgeteilt.

Am 11. Februar 1925 ist dazu an dieselben Behörden folgender weiterer Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe ergangen:

„In dem . . . Rundschreiben, betreffend Richtlinien für die Bewilligung von Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, ist bestimmt worden, daß mit vor Zulassung von Ausnahmen gemäß Ziffer 1 Absatz 2 der Richtlinien in jedem Falle zu berichten und daß dabei die Stellungnahme der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie der kirchlichen Behörden anzugeben ist. Daß in diesen und allen ähnlich liegenden Fällen auch die Industrie- und Handelskammern als die amtlichen Vertreter von Handel und Industrie gehört werden, habe ich für selbstverständlich. Einem von dem Landesauschuss der preussischen Industrie- und Handelskammern

geäußerten Wünsche entsprechend möchte ich jedoch hierauf im Einzelnen mit den übrigen an dem Erlaß vom 26. November v. J. beteiligten Ressorts noch besonders hinweisen.“

**Unsere Jugend**

Ein Anschlag der Reichsbahn. Die Reichsbahngesellschaft hat die bisherige 50prozentige Fahrpreiserhöhung für Jugendwanderungen auf 33% Proz. festgesetzt. Diese kapitalistische Erdrückung der Jugend beschloß die Gesellschaft natürlich aus eigener Machtvollkommenheit. Wie wirkt sich diese Preissteigerung aus?

Die großstädtliche Jugend muß in fast allen Gebieten Deutschlands erst eine Eisenbahnfahrt von mindestens 30 Kilometer, meistens noch mehr, zurücklegen, um in Wandergebiete, die Natur Schönheiten bieten, zu kommen. Das bedeutet, daß bei den meisten Wanderungen, das Fahrgehl. 4. Klasse berechnet, schon für eine Tagesfahrt (hin und zurück) etwa 2 Mk. in Frage kommen, wovon Jugendliche bisher nur 1 Mk. Fahrgehl. zu zahlen hatten. Vom 1. April ab werden sie aber 1,35 Mk. zahlen müssen, also 35 Proz. mehr als bisher. Da die Fahrpreise an sich gegenüber der Vorkriegszeit aber bereits um 50 Proz. erhöht sind, denn die gleiche Wanderung würde dem Jugendlichen damals nur 70 Pf. Fahrkosten verursacht haben, tritt ab 1. April eine Vertierung des Jugendwanderns um 100 Proz. ein.

Die Einkommen der Jugendlichen sind aber gegen die Vorkriegszeit fast gar nicht gestiegen. Daher spielt die Fahrpreiserhöhung eine wesentliche Rolle. Ihre Herabsetzung bedeutet für den größten Teil der großstädtischen Jugend eine große Erleichterung der Sonntags- und Ferienwanderungen. Die Lehrlinge in Kleinstädten, z. B. die im Buchdruckgewerbe, fahren häufiger in benachbarte größere Städte, wo sie an von der Gewerkschaft veranstalteten Betriebsbesichtigungen, beruflichen Bildungslehrgängen und dergl. teilnehmen. Diese Lehrlinge haben noch geringere Entlohnung als die in der Großstadt. Durch die Maßnahme der Reichsbahn wird also auch die berufliche Bildungsarbeit der Gewerkschaften sehr nachteilig beeinflusst werden.

Die angeführten Gründe betrachten diese Angelegenheit hauptsächlich vom wirtschaftlichen Standpunkt und beweisen uneres Erachtens einwandfrei, daß das Vorgehen der Reichsbahn eine schwere wirtschaftliche Schädigung für die Jugendlichen und damit gleichzeitig der Jugendpflege-Bestrebungen darstellt. Wir ersuchen den Ausschuss der Deutschen Jugendverbände, sofort in der notwendigen entschlossensten Weise bei allen interessierten Landes- und Reichsbehörden den Standpunkt der Jugendverbände zu vertreten und gegen die Entschädigung der Reichsbahngesellschaft zu protestieren, die von völliger Rücksichtslosigkeit für die Not der Jugendlichen zeugt. Wir hoffen, daß es gelingen wird, die Maßnahme zu beseitigen.

**Kommunistische Jugendorganisationen.** Erst am 8. Februar veröffentlicht die „Ravenna“ den Text eines Vortrages, den Budarin am 17. Januar in einer Sitzung des Lehrentongrelkes gehalten hat. Budarin geht darin mit den kommunistischen Jugend-Organisationen (Komkom) scharf ins Gericht und es ergibt sich aus seiner Darstellung, daß diese Organisationen, die als die Zukunftshoffnung der Partei gelten, nicht nur den auf sie gelegten Erwartungen nicht entsprechen, sondern häufig sogar schädlich wirken. Nach Budarin hätte die kommunistische Jugend alle Ursache, sich in jeder Hinsicht „einen Kuck zu geben“; aus den Kreisen dieser kommunistischen Pioniere dringe oft „ein Ahrer Geruch“ zur Partizeentrale. Ihre Taktik im Dorf lasse Takt sehr häufig vermissen. Mit rohen Ausschweifungen und unerschämtem Auftreten könnten junge Mädchen und Mädchen die Bauern nur verbittern, aber nicht für die Sowjetbienen gewinnen, und unflätige Verhöhnung der Kirche sei nicht als antireligiöse Propaganda, sondern einfach als Freilege zu bezeichnen. Die Jugendorganisationen der R. M. müßten darüber besorgt werden, daß die patriarchalisch-konterovoiden Bauern mit politischem Takt und langer Schonung ihrer Vorurteile zu behandeln seien.

Machts besser, Kolleginnen und Kollegen!

**Allgemeines.**

**Aus der Domäne der Stundenburgsleber.** Einem Briefe aus Wörmdditt in Ostpreußen entnehmen wir die Klage über größere Arbeitslosigkeit und noch größeren Arbeitslohn, da die Arbeiter um ihre Unterfertigung bürokratisiert werden:

„Wir haben für die Arbeitslosen (der betriebsstehende Kollege ist selber arbeitslos. (Red.) ein Protestschreiben an den Landrat geschickt. Herr Landrat gibt keine Antwort! Für eine Reihe Kollegen schrieben wir an den Verwaltungsausschuss: Verwaltungsausschuss gibt keine Antwort! Ein Kollege L. hat in der Stadt gearbeitet und regelmäßig seine Steuer für die Arbeitslosen zahlen müssen. Jetzt ist er arbeitslos, aber Unterfertigung bekommt er nicht. Er wird aufs Land geschickt und bringt von überall den Bescheid zurück, daß er zu alt ist: Der Magistrat weigert ihm die Unterfertigung. Verwaltungsausschuss und Landrat geben keine Antwort.“

Sehr bedenklich stimmt es, wenn wir in dem Schreiben eines so tüchtigen und überlegten Mannes, wie es unser Kollege ist, die Befürchtung lesen müssen, daß es unter den Erwerbslosen — zum großen Teil unorganisiert — fürchterlich gärt und das schlimmste zu befürchten ist. „Unser Einsatz hilft nichts mehr, die Behörden haben ihn zerstört, da sie auf unsere Vorstellungen nicht hören, sondern uns hinausweisen.“ Man nimmt den ruhigeren Leuten auch noch die Möglichkeit, auf die Verbitterten einzuwirken:

„Versammlungen können wir auch nicht mehr abhalten, der Saal kostet jedesmal 10 Mark. Die Schule, die wir bisher hatten, ist uns vom Magistrat ver-

boten. Wir haben schon an den Magistrat geschrieben — aber keine Antwort bekommen. Das ist echt ostelbische Manier, Brutalität und bürokratische Ueberheblichkeit.

Ein alter treuer Kollege ist seit einigen Wochen erwerbslos: er bekommt keine Unterstützung, weil er — Hausbesitzer ist. Wahrscheinlich ist er erst dann würdig, die ihm zustehende Unterstützung zu beziehen, wenn er den letzten Ziegel seines Hauses verzehrt hat. Aber im Ernst! Das „Haus“ hat zwei Stuben, worin Erwerbslose wohnen, die dem „Hausbesitzer“ nichts geben können. Der Verwaltungsausschuß ist unerschrocken worden: Der Verwaltungsausschuß antwortet nicht.

Es wird Zeit, den Herrschaften einzuhaken. Wir werden unser möglichstes tun.

**Berufsberatung.** Die Berufsberatung ist ein wichtiger Zweig unserer Sozialpolitik. Falsche Berufswahl schleudert den Menschen für sein ganzes Leben oft in eine falsche Bahn. Er bleibt Stämper und ist ewig mit sich und der Welt unzufrieden, weil er fühlt, daß er auf einem Gebiet, zu dem er sich durch eine falsche Wahl selbst den Weg verrammelt, Tüchtiges, vielfach Hervorragendes leisten konnte. Der Leiter des Harburger Berufsamts, Herrmann Bues, ist eifrig bemüht, das schwierige Gebiet der Berufsberatung zu durchforschen. Er wendet sich auch an unsere Mitglieder und bittet sie, ihm folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Beruf erlernten Sie?
2. Wieviel Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erzierten Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie diese Frage mit „Nein“ beantworten müssen, dann geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich früher erlernen wollten?
5. Welches sind die Vorzüge Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?
6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Beruf, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

Aus den Antworten wird Herr Bues seine Rückschlüsse ziehen, die er natürlich nicht für sich selbst behalten will, sondern zum allgemeinen Besten publizieren wird. Und nun den Federstift in die Hand genommen.

**Die unbequemen Konsumvereine.** Wenn sich der Kleinhandel maskiert, in einem ihm fremden Gewand erdient, kann man sagen, daß die Konsumvereine in guter Entwicklung sind. Der Kleinhandel spielt manchmal gar zu gern ein wenig „Konsumverein“, in der Annahme, daß aus der Verwechslung mit einem rechten Konsumverein ein gutes Geschäft für ihn, den Kleinhandel, herausspringe. Ob nun viele oder wenige Leute die Musterade mitmachen, indem sie auf die ausgestellte Vorräte hüpfen, sei dahingestellt, doch sollen die Verbraucher, denen es mit dem Aufbau der Gemeinwirtschaft ernst ist, gewarnt sein.

„Deutsche Konsumgenossenschaft, Hamburg“, nennt sich das neueste Privatunternehmen, das die Verbraucher für seine Interessen „organisieren“ möchte. Es will Nahrungsmittel und Genussmittel „zu ungewöhnlich billigen Preisen“ in den Verkehr bringen, aber „kein Handelsunternehmen im landläufigen Sinne des Wortes“ sein, sondern im Interesse der Kunden „Wohlfahrtsmaßnahmen schaffen und einen Teil der etwaigen Ueberflüsse für vaterländische und soziale Aufgaben verwenden.“ Zu dem Zwecke sollen die Kunden mit 5 Mk. Einzahlung Mitglieder der Gesellschaft werden. Das ist zunächst wohl die Hauptfalle für das „mit deutschem Gruß“ an das Publikum herantretende Unternehmen, das anscheinend mit einem ganz unbedeutenden Betriebskapital die Geschäfte eines früheren Hamburger Versandgeschäftes weiterführt. Also eine der vielen Formen, in denen das private Erwerbsbedürfnis den Bestand der Verbraucher zu ergattern sucht, und zwar eine Form, die nicht einmal den Reiz der Neuheit hat. Für uns ist daran lediglich das merkwürdige und unaussprechliche Faktum, daß der organisierte Verbraucher einen beachtlichen Faktor im Wirtschaftsleben darstellt.

Der Arbeiter-Abstinenz-Bund, die Organisation der sozialistischen Alkoholgegner, ist gern bereit, in allen Fragen, die den Alkoholismus und seine Befämpfung betreffen, Auskunft zu erteilen und sowohl propagandistische wie wissenschaftliches Material zur Verfügung zu stellen. Man wende sich an die Geschäftsstelle des Arbeiter-Abstinenz-Bundes, Berlin SO. 16, Engelauer Nr. 24.

**Preisringe und Boykottmaßnahmen im Baugewerbe.** Die Nummer 5 der „Sozialen Bauwirtschaft“ enthält einen wichtigen Artikel über das lärmlose Treiben der Preisringe im Baugewerbe und über Maßnahmen der Unternehmer- und Händlerverbände zum Boykott der sozialen Baubetriebe bei der Versorgung mit Baustoffen. Wir machen alle Kollegen, die sich für die sozialen Aufgaben interessieren, auf diese Enthüllungen aufmerksam.

**Aus dem Verkehrsleben.**

Wo passieren die meisten Unfälle? Auf die Frage, wo die meisten Unfälle passieren, wird man unweigerlich die Antwort bekommen: Im Eisenbahnzug, auf dem Schiff, oder auf der Straße. Diese Annahme beruht aber auf einem Irrtum. Die Unfallversicherung gibt aber einen ziemlich genauen Anhaltspunkt, um der interessantesten Frage nach der größten Gefahrenzone des täglichen Lebens nachzugehen. Und eine Zusammenstellung, die auf dieser Grundlage gemacht worden ist, hat Ergebnisse gezeigt, die gewiß ganz allgemein überraschen werden.

Es wird sicher niemand von selbst auf den Einfall kommen, daß der Aufenthalt im Hause besonders gefährlich sei. Tatsache aber ist, daß von allen Unfällen, die sich, abgesehen von den eigentlichen Berufsunfällen, ereignen, nach der Versicherungsstatistik mehr als ein Viertel auf die eigene Hauslichkeit entfallen. Die Unglücksfälle im eigenen Hause überschreiten 25 Proz. aller Unglücksfälle und stehen damit fast an der Spitze. Die Gefahrenzone der Hauslichkeit wird nur noch übertroffen durch die Ge-

fahr, der der Automobilist ausgelegt ist. Ihn treffen nämlich annähernd 30 Proz. aller Unglücksfälle. Die portierliche Betätigung, die Jagd und ähnliche Beschäftigung sind mit etwas über 20 Proz. an der Unfallstatistik beteiligt. Eine weitere große Ueberzählung bildet die Gefährlichkeit der Fortbewegung zu Fuß. Auf diese entfallen etwas über 15 Proz. der Gesamtunfälle, dagegen auf alle anderen Formen der Reise, d. h. auf die Eisenbahn, den Straßenbahnwagen, das Dampfboot usw. nur etwas über 4 Proz., die dann noch von der Gesamtunfallziffer übrig bleiben, verteilen sich auf verschiedene Urfachen.

Die Unfallversicherungen weisen nach, daß die Gefahren der häuslichen Beschäftigung außerordentlich vielseitig sind. Man kann zu Hause ausgehen, sei es auf der Treppe oder im Zimmer, man kann sich durch Glassplitter verletzen, man kann bei Garten- oder sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten im Bereich des Hauses Schaden erleiden, man kann sich an Möbel und Türen stoßen, man kann von der Leiter und vom Fenstersturz herabfallen, man kann beim Kochen, beim Waschen oder bei sonstigen Tätigkeiten der Hausfrau sich Brand- oder sonstige Wunden zuziehen, man kann sich beim Baden körperlichen Schaden zuziehen usw., usw. Ein Versicherungsfall möge zeigen, wie letalem der Unfall in dieser Beziehung spielen kann. Ein Ehepaar erwartete des Abends eine Gesellschaft zum Essen. Der Mann unternahm während des Tages eine Fahrt über Land mit seinem Auto. Alles verlief ohne Unfall, jedoch traf er infolge einer Geschäftsverzögerung später ein, als er ursprünglich geplant hatte. Um die Verzögerung einzuholen, ließ er auf der dunklen Landstraße die übliche Vorsicht außer acht und entging nur mit knapper Not dem Zusammenstoß mit einem Eisenbahnzug, der seine Bahn kreuzte. Er kam zu Hause 20 Minuten vor dem Eintreffen seiner Gäste an, nahm rasch noch ein Bad, um sich von dem Reisetaub zu säubern, ließ in der Eile ein Stück warme Seife in der Wanne liegen, gißt aus und brach sich zwei Rippen. Die Unfallstatistik der Versicherungsgesellschaften enthält so viele Fälle in Hülle und Fülle und macht es leicht erklärlich, daß im Bereich mancher Stätte die häuslichen Unfälle mehr als 40 Proz., d. h. fast die Hälfte der insgesamt angemeldeten Unfälle darstellen.

Die Versicherungsstatistik widerlegt einen weiteren Irrtum, der allgemein verbreitet ist. Man wird durchweg geneigt sein zu der Annahme, daß der Fußgänger durch den Wagenverkehr der größten Gefahr ausgelegt ist. Aber auch das ist ein Irrtum. So ergibt die Statistik einer Versicherungsgesellschaft, daß von allen Straßenunfällen nur rund 400 durch den Wagenverkehr verursacht wurden. Dagegen 2400 durch andere Gründe. Von den oben erwähnten 400 wurden annähernd 350 durch Automobile verurteilt, dagegen 900, d. h. also weit mehr als das Doppelte dieser Zahl durch Ausgelenken und Hinfallen auf nassem und vereistem Bürgersteigen. 725 verletzten sich dadurch, daß sie stolperten und hinfielen, 26 durch Zusammenstoß mit anderen Personen, 19 durch den Zusammenstoß mit Gegenständen wie Telegraphenstangen usw. Auffallend ist auch folgende Ziffer: Von den Motorfahrern, die von einer Gesellschaft entschädigt wurden, hatte die Hälfte den Unfall beim Fahren erlitten, die andere dagegen beim Waschen und Säubern ihrer Maschinen. Die wenigsten Menschen machen sich auch eine Vorstellung davon, wie viel Unfälle z. B. auf das Tanzen zurückgehen.

Ueberblickt man die Hauptzüge dieser Statistik, so gewinnt man den Eindruck, daß man eigentlich am sichersten ausgehoben ist, wenn man in einem Eisenbahnzuge sitzt oder in einem Dampfer auf dem Weltmeer fährt. Es wäre aber falsch, wenn man sich etwa durch diese Statistik irreführen ließe. Aus der Art der Unfälle geht nämlich klar hervor, daß in den meisten Fällen unverantwortliche Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit die Ursache bilden. Der Mensch wird häufig genug unverletzt das Opfer von Unfällen. Die weitaus größte Zahl aller Unfälle aber würde vermieden, wenn es jeder sich zur Vorsicht machen wollte, überall und erst recht im eigenen Heim die größte Vorsicht in allen Dingen walten zu lassen.

**Bundesübersicht.**

**Seeleute.** Für die in der Großschifffahrt, auf Seelepten und Seeleutern beschäftigten Seeleute aller Schichten ist mit Wirkung vom 1. April d. S. ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, der trotz der ungünstigen Verhältnisse, die in diesem Berufe noch immer herrschen, den Seeleuten wesentliche Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen wie auch ihres Einkommens bringt.

Daß die Reeder alle Mühen springen lassen, um Verschlechterungen durchzuführen, ist bei der Profikluft dieser hagersten aller Unternehmer selbstverständlich. Sie wollten den Kapitulantag vortägig besetzen. Es gelang, den Anschlag abzuwehren. Feiernstritten war auch die Arbeitszeit im Hafen. Auf eine Abänderung in der Richtung einer Arbeitszeitverlängerung hatten es die Reeder besonders abgesehen. Alle diese Versuche schlugen fehl. Es wurde ein Zufug folgenden Inhalts vereinbart: Inanbahnungsarbeiten berechtigten nicht zur Ueberzeitung des achtstündigen Arbeitstages, ohne daß Ueberstunden bezahlt werden. Auch die von den Reedern beabsichtigten Verschlechterungen des Urlaubs sind abgewehrt. Die Löhne sind um 6 Proz. erhöht worden.

**Wasserbauarbeiter.** Mit Wirkung vom 16. März wurden durch Verhandlungen mit dem Reichsverkehrs- und dem Reichsfinanzministerium die Stundenlöhne dieser Gruppe um 4 Pfg. erhöht.

Außerdem wurde noch eine klarere Fassung der Bestimmungen über die Beschäftigungszuschüsse erreicht, da die frühere Fassung häufig Veranlassung zu Differenzen gab.

**Privateisenbahner.** Für die Privateisenbahner der Provinz Hannover wird ab 1. März in allen Orts- und Lohnklassen je nach Altersklasse eine Zulage von 2 und 3 Pfg. die Stunde gezahlt. Die Frauenzulage beträgt 3 Pfg., die Zulage für Vorarbeiter 4 Pfg. die Stunde. Alle bisherigen Sonderzulagen bleiben bestehen.

Die Straßenbahner, Hochbahner und Asterdampferbesatzungen in Yamoung stehen mit 6000 Mann im Kampf um den Kapitulantag. Da die Direktion sich von Berliner Schaffmachern und Eisenbahngewaltigen beraten läßt, die Streikenden aber zu 98 Proz. im Verkehrsband, der mit allen Mitteln hinter ihnen steht, organisiert sind, wird der Kampf harsch und schwer sein.

**Nachricht:** Die Arbeit ist am Tage des Redaktionschlusses auf Grund eines verbindlichen Schiedsspruchs wieder aufgenommen. Anfaß 3 erhalten die Kollegen 5 Pf. die Stunde mehr. Der Kapitulantag ist grundsätzlich anerkannt worden, doch sind die Kollegen verpflichtet, evtl. die 8. Stunde gegen Ueberstundenlohn zu arbeiten.

**Literatur.**

Josef Roth: „Der blinde Spiegel“. Verlag J. H. M. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. Die unendliche, unaussprechliche Flut gedruckter Prosa läßt Gutes, viel Beachtetes von heute morgen schon vergessen sein. Ein ewiges Auf und Ab! Von den Jungen verdient der eigenartige, feinfühlende Josef Roth besonders hervorgehoben zu werden. Seine beiden letzten Bücher erzählten sich Beachtung. Und sein kleiner Roman „Der blinde Spiegel“ gar, ist Gelang rhytmischer Prosa. Mit reiz- und langvoller Sprache formt er plastisch und echt.

Mag Quard, Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49. Leipzig 1924. Hirschfeld. 400 Seiten.

Der Buch gibt die erste umfängliche Darstellung der deutschen Arbeiterbewegung von 1848/49. Die Bewegung der Arbeiter wird von der bürgerlichen Demokratie laßt geföhren. Daß diese Scheinung fruchtbar ist, ergibt sich schon daraus, daß so Scheinbar Born als der bedeutendste Führer der damaligen Arbeiterbewegung rekrutiert und in seiner ganzen Eigenart erkannt wird. Die Darstellung stützt sich auf gründliches Quellenstudium. Ein Anhang mit Reproduktionen heile fünf ungenügender Fragmente. Artikel, Gedichte usw. erhöht den Wert des Buches.

**Bekanntmachung.**

Auf Grund des § 14 des Ergänzungsstatuts der Reichsabteilung Kraftfahrer berufen wir im Einvernehmen mit der Reichsabteilungsleitung die

**6. Reichskonferenz der Kraftfahrer**

auf den

24. Mai 1925 nach Frankfurt a. M. ein.

- Als Tagesordnung wird in Vorschlag gebracht:
1. Tätigkeitsbericht der Reichsabteilungsleitung.
  2. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kraftfahrer durch Tarifverträge.
  3. Obligatorische Einführung der Rechtschutz- und Haftpflichtversicherung für alle organisierten Kraftfahrer.
  4. Der Ausbau unserer Organisation zur Erreichung der Einbeitsorganisation aller Berufskraftfahrer.
  5. Der Stand der Wanderung der Gelehrte und Berufsregelungen für den Straßenverkehr.
  6. Regelung internationaler Berufsfragen durch die I.F.B.
  7. Neuwahl der Reichsabteilungsleitung.

Anträge zur Reichskonferenz der Kraftfahrer sind bis zum 17. Mai an die Reichsabteilungsleitung einzuliefern.

Die Delegiertenwahlen werden von den Gauvorständen durchgeführt.

Wir eruchen die organisierten Kraftfahrer, zu der Reichskonferenz Stellung zu nehmen und evtl. Anträge rechtzeitig an uns einzuliefern.

Der Bundesvorstand,  
Oswald Schumann.

**Buchhandlung „Courier“.**

Wir empfehlen:  
Courier 1923, Verkehrsband 1923 und 1924 auf besserem Papier und in einen Band gebd. 3.— Mk. Die Schifffahrt 1923 und 1924 . . . . . 3.— „ Post und Telegraphie 1923 und 1924 . . . . . 3.— „ Straßen- und Kleinbahnzeitung 1923 und 1924 3.— „ Luft- und Kraftfahrt 1923 und 1924 . . . . . 3.— „ Gewerkschaftszeitung des ADGB . . . . . 4.50 „ Die Preise verstehen sich für Mitglieder. Bestellungen sind sofort durch die Verwaltungen einzuliefern, da die Auflage beschränkt wurde.

**Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.**

Die Adresse des Bundesauschusses ist:  
August Budek, Magdeburg,  
Schrotektz. 17, III.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

- In Halle: Otto v. Knoblauch, Hpt.-Nr. 1 051 015, eingetret. 28. 9. 1910; Wilhelm Schulze, Hpt.-Nr. 1 051 230. In Hof: Heinrich Pajkert, Hpt.-Nr. 1 999 057, eingetret. 13. 7. 12. Falls diese Bücher vorgezegt werden, sind sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzuliefern.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 17, Ziffer 8a und b der Bundesatzung:

In Braunschweig: Josef Foltert, Hpt.-Nr. 2 588 646; Josef Reimann, Hpt.-Nr. 2 333 675; Bruno Wandelt, Hpt.-Nr. 2 533 750.

In Frankfurt a. M.: Wlth. Kern, Hpt.-Nr. 171 555; Wilhelm Klapprodt, Hpt.-Nr. 171 374.

**Der Vorstand.**

J. M. Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Michaelstraße 1.  
Verantwortlicher Redakteur: Carl Bindow, Berlin SO. 16, Bergstraße 1, „Courier“, G. m. b. H. Druck: Bauer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.